

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

10.9.1919 (No. 211)

Expedition:
Karl Friedrich
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlstraße
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. u. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 M 90 P - Einzelnummer 10 P - Anzeigengebühr: die 7 mal gesaltene
Betügelte oder deren Raum 30 P zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier
Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung,
Auslieferung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. - Für
telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. - Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Robzucker an Stelle von Verbrauchszucker.

\*\* Infolge der außerordentlich großen Kohlenknappheit wird es nicht möglich sein, den Zuckerrefinerien
sowie Kohlen zuzuführen, daß sie ihre Betriebe aufrecht erhalten können. Es muß also damit gerechnet werden, daß der
Bedarf des Monats Oktober nicht in Verbrauchszucker, sondern in Robzucker gedeckt werden muß. Da aber für gewisse Zwecke unbedingt Verbrauchszucker geliefert werden muß, so ist es dringend erforderlich, daß die Kommunalverbände aus den ihnen zur Deckung des Bedarfs des Monats September zugewiesenen Zuckermengen sowie Verbrauchszucker zurückhalten, daß sie auch im Oktober den Bedarf der Apotheken sowie den Bedarf der Säuglinge, Kinder und Kranken in Verbrauchszucker liefern können. Auf Antrag werden den Kommunalverbänden für den ihnen für den dringenden Bedarf im Monat Oktober zurückgehaltenen Verbrauchszucker schon jetzt Ersatzbesuchscheine für Robzucker überandt.

Anzeige der Hauschlachtungsschweine.

\*\* Damit die mit der Fleischversorgung betrauten Behörden rechtzeitig Kenntnis über die Zahl der für die Hauschlachtung bestimmten Schweine erhalten, wurde durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 9. September 1919 bestimmt, daß jeder Hauschlachtungsvorstand die Zahl der in seinem Besitz befindlichen, zur Selbstversorgung bestimmten Schweine, deren Schlachtung in der beginnenden Hauschlachtungsperiode in Aussicht genommen ist, dem Kommunalverband bis zum 25. September 1919 anzuzeigen hat. Wer nach diesem Zeitpunkt Schweine zur Selbstversorgung einstellt, hat dies sofort, spätestens aber 8 Monate vor der Schlachtung, dem Kommunalverband anzuzeigen.

Die vorgeschriebene Genehmigungspflicht der Hauschlachtungen wird durch diese Verordnung der zur Hauschlachtung aufgestellten Schweine nicht geändert. Wer Hauschlachtungen vornehmen will, hat deshalb nach wie vor außerdem die Genehmigung des Kommunalverbands einzuholen.

Die Überwachung des Luftverkehrs.

\*\* Der Herr Reichswehrminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsluftamt Bestimmungen über die Kontrolle des Luftverkehrs erlassen. Da mit der Einstellung der militärischen Luftfahrt schon jetzt die weitaus größte Mehrzahl der Flugplätze sich nicht mehr in militärischer Verwaltung befinden, läßt sich eine Kontrolle nur aufrecht erhalten, wenn die gleichen Maßnahmen, die bisher durch die militärischen Behörden für die verschiedenen Flugplätze ufm. getroffen waren, in Zukunft sinngemäß durch die örtlichen Polizei- usw. Behörden durchgeführt werden.

In der letzten Zeit sind mehrfach Fälle vorgekommen, in denen einzelne Flieger, ohne beim Reichsluftamt die Zulassung zum Luftverkehr nachgesucht zu haben, Luftreisen unternahmen. In mehreren Fällen sind solche Flieger auch ins Ausland geflogen oder haben versucht, ins Ausland zu fliegen. Mehrfach haben sich auch Flieger Ausfuhrbescheinigungen für Flugzeuge vom Reichsluftamt für Ausfuhrbewilligung erwirkt und diese Bescheinigungen als Legitimation für Luftreisen benutzt. Bei Notlandungen und Zwischenlandungen ist es ihnen in mehreren Fällen gelungen, die Kontrollorgane zu veranlassen, diese Ausfuhrbescheinigung für das Flugzeug als hinreichende Legitimation für den Luftverkehr anzusehen, während solche Ausfuhrbescheinigungen lediglich das Recht erteilen, die betreffenden Flugzeuge, bezw. ihre Teile per Achse über die Grenzen zu führen.

In anderen Fällen ist die Genehmigung zur Abhaltung von öffentlichen Schauflugveranstaltungen von der örtlichen Polizeibehörde gegeben worden, die von der irrigen Voraussetzung ausgeht, daß sie die zuständige Stelle sei, während tatsächlich das Reichsluftamt allein befugt ist, Zulassungsbewilligungen zum Luftverkehr bezw. zur Abhaltung von Flugveranstaltungen zu erteilen.

In wieder anderen Fällen ist es vorgekommen, daß Flieger aus eigener Initiative Schau- und Kunstflüge in niedriger Höhe über Städten ausgeführt haben, obwohl dieses verboten ist, da beim Siebenbleiben des Motors der Flieger nicht mehr außerhalb der Stadt landen kann.

Auf Ersuchen des Reichsluftamts sind deshalb die Bezirksämter nochmals darauf verwiesen worden, daß die Zulassung zum Luftverkehr in jedem Einzelfall beim Reichsluftamt beantragt werden muß, welches seinerseits dann die Bedingungen übermittelt, unter welchen die Flugzeuge und Flugzeugführer zum Luftverkehr zugelassen werden können.

Der Schleichhandel mit Benzol.

\*\* Im badischen Oberland wird von dort mit ihren Autos weilenden Kriegsgewinnlern und Schiebern des öfteren der Versuch gemacht, Genscherbetreibende und Landwirte zu veranlassen, ihnen den Brennstoff abzugeben, welchen diese für ihren Betrieb zugebilligt erhalten haben. Sie bieten dafür ungläublich hohe Preise; es sind schon 8-10 M, ja 15 M. für das Stilo geboten worden. Wir weisen darauf hin, daß für Vergütungsfahrten keinerlei Brennstoffe vorhanden sind und solche von den offiziellen Verteilungsstellen auch nicht abgegeben werden. Die Betriebsinhaber müßten das allergrößte Interesse haben, jenen Leuten die Tür zu weisen und sich nicht kleiner materieller Vorteile halber selbst zu schädigen. Die Behörden sind angewiesen, vorkommende Fälle von Schleichhandel im Benzolverkehr sofort der amtlichen Verkaufsstelle zu melden, damit den Verbrauchern, die ihren Brennstoff weiter verkauft haben, künftighin Neuzuteilungen nicht mehr gemacht werden.

\* Frankreichs Haßpolitik.

Mit Staunen wird dieser Tage der deutsche Zeitungsleser von der Rede des französischen Finanzministers Klotz Kenntnis genommen haben. Herr Klotz hat ausgerechnet, daß wir eigentlich eine Summe von rund 4500 Milliarden an Entschädigung zu zahlen hätten. Er war indessen gnädig genug zuzugeben, daß das natürlich eine unbezahlbare Summe sei; die Wiedergutmachung dürfe sich lediglich auf den Schaden an Gütern und Menschen beziehen. Die Gesamtsumme, die wir danach an Frankreich zu bezahlen haben sollen, beträgt nach Klotz 375 Milliarden Mark bezw. 463 Milliarden Mark, wenn man die Zinsen der 36 Jahre hinzurechnet, die Herr Klotz uns als Zahlungsfrist angibt.

Der französische Finanzminister wird wohl selber nicht glauben, daß wir in Frankreich allein 463 Milliarden zahlen werden. Wenn er derartige Summen nennt, so tut er das offenbar, um vor dem französischen Volke zu renommieren, und, um für den Fall, daß ja doch Abstriche gemacht werden müssen, gleich eine so hohe Zahl genannt zu haben, daß selbst bei erheblichen Abstrichen noch eine Riesensumme übrig bleibt.

Deutschland hatte sich in der Verantwortung des Friedensvertragsentwurfes von Versailles zu einer Zahlung von 100 Milliarden bereit erklärt. Selbstverständlich haben Regierung und Parteien aber auch schon diese Summe als das Höchstmögliche empfunden und bezeichnet, was wir überhaupt zahlen können. Wenn der französische Finanzminister nun mit Zahlen operiert, die über das dritte Milliardenhundert noch hinausgehen, so können wir nicht ernst und nachdrücklich genug unsere bisherigen Gegner darauf hinweisen, daß eine derartige Forderung den Ruin Deutschlands bedeuten würde, und daß wir es dann der Entente überlassen müßten, sich diese Betragssumme zu holen.

Gensich hat Klotz am 1. Dezember 1918 in Bristol gesagt: „Deutschland müsse bezahlen bis zum äußersten Grad der Möglichkeit.“ Nach dem von uns unterschriebenen Friedensvertrag soll die Summe der Wiedergutmachung noch festgesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit werden wir der Entente ohne große Schwierigkeit klar machen können, welches der äußerste Grad der Möglichkeit ist. Aus den Darlegungen des französischen Finanzministers spricht jedenfalls wieder ganz und gar jener beklagenswerte Geist des Hasses, der die Völker vergiftet und verhetzt und keine wahre Verständigung auffommen läßt.

Herr Klotz sollte nur einmal den Rhein auf und ab reisen und sich mit eigenen Ohren von der Stimmung der deutschen Bevölkerung überzeugen. Er würde sein blaues Wunder erleben! Selbst in Gegenden, die bis zum Weltkriege als keimeswegs franzosenfeindlich bekannt waren, hat sich eine Erbitterung und eine Empörung angeammelt, über deren Stärke wohl der am meisten staunen wird, der immer noch von der Geduld des deutschen Michels zu sprechen gewohnt ist.

Am leidenschaftlichsten äußert sich diese Entrüstung in der Pfalz. Dort haben im Zusammenhang mit den Ludwigshafener Vorfällen in den wichtigsten Städten des Landes machtvoll Kundgebungen stattgefunden, die von tausenden treu deutsch empfindender Pfälzer besucht waren, und die sämtlich in ein tief empfundenenes Bekenntnis zum deutschen Vaterlande ausklangen. Und die Presse des Landes macht sich, soweit das unter den Fesseln der Besetzung überhaupt nur möglich ist, zur Trägerin all dieser Gefühle vaterländischer Liebe und vaterländischer Entrüstung. Mit fürchtbarem Spott werden die Hochverräter gekennzeichnet, die sich dazu hergegeben haben, jene Verurtheilung der französischen Militärs, die Pfalz vom Körper des deutschen Reiches loszureißen, zu unterstützen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, um was für Subjekte es sich handelt. Teils sind es moralisch angegriffene Charaktere, teils offenbändige Narren, die jene hochverräterischen Bestrebungen nach außen hin vertreten. Ebenso wird immer wieder festgestellt, daß es nur eine winzig kleine Schar ist, auf die die Agitation dieser Hochverräter Eindruck macht. Das gesamte Pfälzer Volk hält treu und opfermutig zu seinem Deutschland. Durch seine Presse gibt es den Sonderbündlern die Antwort: „Wir verlassen unsere Brüder im Reich nicht, weil wir zu ihnen gehören in Freud und in Leid. Davan ist nicht

zu rütteln. Wer anders denkt, schießt sich aus unserer völkischen Gemeinschaft aus.“

Wir können es wohl begreifen, daß diese durch nichts zu erschütternde Stimmung der pfälzischen Bevölkerung die Mut der französischen Militärs und der französischen Anneziationspolitiker erregt. Daß diese Herrschaften so unvorsichtig sind, ihre Mut und Enttäuschung gar zu deutlich zu zeigen, verstehen wir schon weniger, weil ja selbst der Dummste aus diesen Ausbrüchen herauszufühlen muß, welche „freundlichen“ Pläne hinter dem Ganzen stecken. Für uns Deutsche aber sind diese Befundungen und Betätigungen des Hasses willkommene Beweise für die wahre Gesinnung, die das französische Kulturvolk uns gegenüber hegt. Und wenn es vielleicht denkbar ist, daß bei uns am Rhein einmal Sympathien für Japaner, Gurkas und Senegalneger aufkommen könnten, so erscheint es uns als ausgeschlossen, daß eine ähnliche Sympathie jemals noch für Frankreich bei uns wird Platz greifen können.

Schweizer Brief.

(Von unserem schweizerischen Mitarbeiter.)

Die schweizerischen Sozialdemokraten fahren nach Rußland, um sich dort ihre Ideale zu holen. Russische und jogen. russische Leute wie Ulanow, Bronstein, Apfelbaum, Sobelsohn usw. sind unter der Amtsbezeichnung Lenin, Trotsky, Sinowiew, Nabel usw. aus verfolgten Schluckern und Schächern Nachfolger des Jaren und der Großfürsten geworden und herrschen als Diktatoren des Proletariats das weite Rußland zugrunde. Diese märchenhaften Erfolge haben den Herren Traber, Kobs, Dr. Welts, Dr. Bah, Humbert Droz und der Dame Rosa Bloch alle Ruhe und Überlegung geraubt. Eben ist zwar die ungarische Filiale des russischen Großunternehmens zusammengebrochen und die Filialleiter Bela Kun und Tibor Szammely nebst Genossen haben sich mit ihren Millionen im Sonderzug über die ungarische Grenze gerettet; Ungarn ausgeraubt und zerstückt zurückgelassen. Die Herren Jungburschen der schweizerischen Sozialdemokratie erachten aber doch nunmehr auch die Eidgenossenschaft als ein passendes Feld für die Betätigung der Diktatur des Proletariats. Sie selbst halten sich für durchaus geeignet, auch ohne Gramina und Vorbildung, als unumschränkte Gebieter aller bisher erzeugten Güter zu figurieren. Von Parlamentarismus und Demokratie wollen sie nichts mehr hören. Kapitalistische Wirtschaft ist ihnen ein Grauel, der mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß, um dem Chaos Platz zu machen, aus dessen Ruinen dann die bolschewistische Glückseligkeit über Nacht wie Pilze aus faulem Holzgrunde erblühen wird. Heute müssen die Herren Führer, auf Zeitungsredaktionen sich ab-radernd, Artikel schreiben, auf Arbeitersekretariaten schwel-triefend Ratsschläge erteilen und in Versammlungen bis zur Erschöpfung Reden halten. Die Fabrikarbeiter müssen in der Fabrik, die Landarbeiter auf dem Lande, die Eisenbahner bei der Eisenbahn und die Straßenbahner auf der Straße arbeiten. Das ist kein menschenwürdiger Zustand. Die Soziale Revolution nach dem Rezept der Genin und Genossen muß auch für die Schweiz herbeigeführt und damit diesem Lande das russische Glück beschert werden. Dann müssen bloß noch die heutigen Rentner arbeiten und all das Gelächter, das jetzt bratlose Künste treibt, wie Geistliche, unproletarische Zeitungs-schreiber, Gelehrte und dergleichen Heberhelden. Die Herren Traber, Kobs, Dr. Welts, Dr. Bah, Humbert Droz und die Dame Rosa Bloch leiten die Eidgenossenschaft als Volkskommissare. Die eingeschriebenen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei werden als Sowjets auf alle Orte der Schweiz verteilt und führen, da ein ebenso sorgloses wie gemüts- und gehaltreiches Dasein. Die gesamte heutige Arbeiterschaft in Stadt und Land wird als rote Garde in prachtvoller Uniform mit täglichem Sold von 50 Franken die schweizerische Sowjetrepublik beschützen. Das industrielle Proletariat tritt als erster Stand und privilegierte Stütze des Sowjetstaates an die Stelle des altschweizerischen Feudaladels. Die Trennung der geknechteten und vollziehenden Gewalt hört auf, der Staat ist in den Volkskommissaren-Sowjets verkörpert. Doch die Thesen Lenins sagen Alles, und für diese hat sich ungläublicher Weise mit großer Mehrheit der Parteitag der Schweiz, Sozialdemokratie am 16. August in der Duzvogel in Basel mit 318 gegen 148 Stimmen erklärt. Diese Abstimmung der 542 Abgeordneten - 76 sagten weder ja noch nein - unterliegt allerdings noch der Bestätigung oder Verwerfung durch Abstimmung der etwa 40 000 eingeschriebenen Parteimitglieder und diese werden den blutigen Blödsinn von sich weisen. Die Abstimmung in den Sektionen findet zu-

sehen dem 1. und 14. September statt. Man sagt sich aber an den Kopf und fragt sich, wie in der ältesten Republik und freiesten Demokratie der Welt ein solch unsinniger Beschluß möglich war. Die Antwort wollen wir für uns behalten, weil schon die Massen der sozialdemokratischen Partei die richtige Antwort geben werden.

Die erschreckende Urteilslosigkeit der schweizerischen Extremisten tritt um so mehr zutage, als ihr Bekenntnis zur Diktatur und Unterjochung, zu Raub und Zerstörung wenige Tage vor der förmlichen Umkehr der ungarischen sozialdemokratischen Partei erfolgt ist. In dieser haben sich Sozialisten und Kommunisten vereinigt, als sie die Herrschaft in Budapest aus den unseligen Händen Karolys erzielten. Am 20. August ließ das Exekutivkomitee der ungarischen sozialdemokratischen Partei und Genossenschaften in den Straßen von Budapest ein Plakat anhängen, worin die völlige Umgestaltung der Partei und der absolute Bruch mit der Moskauer Internationale Lenins angekündigt wird. Es wird darin gesagt: „Auch wir sozialdemokratischen Arbeiter haben den Bolschewismus für eine Katastrophe angesehen, aber unsere Kräfte genühten nicht, die Gefahr aufzuhalten und wir konnten nichts anderes tun, als mit aller Anstrengung die Uebergriffe zu mildern, die nicht mehr gutzumachende Verwüstung und den blutigsten Terror möglichst einzudämmen. Wir werden die Partei reinigen von den Strebern und Abenteurern, welche die guten Sitten befehlen.“ Nach dieser Leistung des sozialdemokratischen Parteitag der Schweiz vom 16. August wurde am 17. August der Monatsbeitrag der Mitglieder von 10 auf 20 Rappen erhöht, was angesichts des Morgenroths einer Sowjetischweiz nicht zu viel erscheint. Man wird sich auch nicht wundern, daß am gleichen Tage der Antrag des Parteivorstandes: Die Schweiz habe dem Völkerverband fern zu bleiben und ihr Beitritt sei zu bekämpfen, mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben wurde. Also die schweizerische sozialdemokratische Partei bekämpft den Völkerverband in demselben Augenblick, in welchem sie zu den blutbefleckten „proletarischen“ Tyrannen in den Palästen von Moskau abmarschiert. Da fragt man sich schon nichts mehr und sagt sich auch nicht mehr an den Kopf, sondern deutet mit dem Zeigefinger an die Stirne.

#### Deutsch-schweizerische Handelsbeziehungen.

Das Leipziger Messen und die Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Messen regen sich. Sie sehen den Verlust, welcher die Kriegsvorgänge der Leipziger Messe und damit der deutschen Industrie bringen, sichtbar in den nach dem Leipziger Vorbild organisierten ausländischen Messen hier in der Schweiz in der Basler Messen und über das Schweizer Internationales Messen (letztere findet dieses Jahr vom 11. bis 17. September statt). Am 18. August veranstalteten die Leipziger Interessenten einen Vortrag in Zürich durch den Beirat des Messen, Herrn Norden, Rat im Reichsfinanzamt in Berlin. „Der Handel mit dem wieder erwachenden Deutschland“ war das Thema. Herr Norden sieht durch die Steuerlast die Fähigkeit zum Wettbewerb für Deutschland in Frage gestellt, andererseits aber durch die schlechte Valuta die Ausfuhr sehr begünstigt. Im Anschluß an den Vortrag des Beirates des Leipziger Messenamtes in Zürich vom 26. August wird von Industriellen über eine neue Art deutsch-dumping geklagt. Nur dem schweizerischen Handel seien die deutschen Preise immer noch nicht tief genug. Dem schweizerischen Händler könne natürlich die deutsche Valuta nicht schlecht genug und die deutschen Warenpreise nicht tief genug sein. Anders sei es aber mit den Interessen der Schweizer Industrie und damit der Arbeiter und des Landes. Diese würden durch die heutige Lage der Dinge schwer verkehrt. Bei allen Exportartikeln, für welche Deutschland eine Art Monopol besitze, würden die Marktpreise zum Friedenskurs von den

deutschen Veräußern in Franken umgerechnet. Wo dies nicht der Fall sei, werde vielfach die Ausfuhrbewilligung an Preisauflage bis zu 800 Prozent des von den Parteien vereinbarten Preises geknüpft und dem schweizerischen Abnehmer dabei die Pistole einer sofortigen Entscheidung auf die Brust gesetzt. Während also bei Waren dieser Art, wie z. B. bei den Kohlenlieferungen, die Situation zu einer maßlosen Ubertreibung ausgenützt werde, berechne der deutsche Verkäufer bei Fabrikaten, welche in der Schweiz in ebenbürtiger Qualität hergestellt werden, seinen Marktpreis zum Tageskurs der Mark. Die Folge ist, daß für solche Artikel der Preis in der Schweiz tief unter den Fabrikationswert des Schweizerproduktes falle. Die Konsequenz sei die Uberschwemmung der Schweiz mit deutschen Halb- und Ganzfabrikaten dieser Art. Genannt werden insbesondere elektrische Apparate, gewisse Maschinen und Geräte für Handwert und Landwirtschaft.

#### Borarlberg.

Das Volk von Borarlberg hat nach dem Zusammenbruch Österreichs am 3. November 1918 seine Unabhängigkeit erklärt und erstrebt in seiner großen Mehrheit den Anschluß an die Schweiz. Im Mai wurde darüber eine Volksabstimmung durchgeführt, drei Viertel der Borarlberger erklärten sich dafür. Gegner des Beitritts zur Eidgenossenschaft sind in Borarlberg die Sozialdemokratie und die im Schwabenkapital vereinigten Altbauern und Industriellen. Diese sehen nur auf ihren Weizen, nicht auf die Lebensnotwendigkeiten des ganzen Landes und sie glauben, daß er im deutschen Reiche besser blühen werde, als in der Schweiz. Hier begegnet der Kampf der Borarlberger um ihre Freiheit großer Anteilnahme, aber auch mannigfacher Abweisung. Letztere von Leuten und ihrer Presse, welche den Borarlberger Gegnern des Anschlusses an die Schweiz entsprechen. Diese Herren werden nur von materiellen Interessen erregt und sehen alles Bewegende im Nährwert der Maschine, als welche ihnen auch der Mensch erscheint. Darum deuten diese Schweizer den Kampf der Borarlberger um die Aufnahme in die Eidgenossenschaft als Versuch, dem österreichischen Bankrott zu entkommen. Das ist ganz falsch, denn die Folgen der bisherigen Zugehörigkeit zur Donaumonarchie und des Krieges müssen und werden auf dem Lande laßen, ob es bei Deutsch-Österreich verbleibt oder zur Schweiz kommt. Die Regierung von Deutsch-Österreich anerkannte im ersten Laune der eigenen Freiheit auch die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht Borarlbergs, bereute das alsbald und machte Schwierigkeiten. Zunächst lud sie den Vertreter der borarlbergischen Regierung ein, sich mit der österreichischen Friedensdelegation nach St. Germain zu begeben, um mit den Herren der Welt über das Schicksal Borarlbergs zu verhandeln, verhinderte aber dann das Erscheinen der Borarlberger vor der Friedenskonferenz. Nach Volksversammlungen am 10. August im ganzen Lande haben sich nun am 18. August die zwei gewählten Delegierten (Reubner und Birler) in einem Telegramm an Jürg Clemenceau, den Präsidenten der Friedenskonferenz, gewandt und namens des Landes den Willen erklärt, sich von Österreich zu trennen, um sich mit der Schweiz zu verbinden, welche sie als ihr wahres Vaterland nach Maß betrachten. Das Volk Borarlbergs verlangt, daß der Friedensvertrag mit Österreich das Selbstbestimmungsrecht Borarlbergs anerkenne. Die Militärs und Affigierten, sowie der schweizerische Bundesrat hüllen sich bislang in Schweigen. Dagegen protestiert sehr lebhaft das borarlbergische Schwabenkapital, das zuerst den Anschluß an Württemberg und Südbayern und die Bildung eines Großschwaben betrieb. Als dies nicht ging, hat es die Vereinigung mit Deutschland auf seine Fahne geschrieben. Die Delegierten dieser Partei (Witter, Jumbel und J. Romberg) erklären die Herren Reubner und Birler als unechte Borarlberger und Verräter.

Man erzählt, daß Clemenceau infolge des Borarlbergischen Telegramms vom 17. August die Frage vor die Friedenskommission brachte und daß diese zunächst die Aufnahme eines Artikels in den Friedensvertrag mit Deutsch-Österreich beschloß, nach welchem das Schicksal Borarlbergs vom Völkerverband entschieden werden sollte. Nachträglich wurde jedoch diese Bestimmung, angeblich auf Betreiben Italiens, wieder gestrichen. Die Borarlberger Frage hat neben der allgemeinen Frage des Verhältnisses Deutsch-Österreichs zu Deutschland ein besonderes Interesse für Süddeutschland, Italien und die Schweiz. Es genügt ein Blick auf die Landkarte, um die Wichtigkeit der Eisenbahnverbindung durch den Arlbergtunnel zwischen Süddeutschland und Italien unter Umgehung des Gotthards zu begreifen, nachdem Italien nunmehr bis ins Tirol vorgeückt ist. Die Entscheidung wird schließlich in der Hand des Volkes von Borarlberg liegen, da der Besitz von Borarlberg für Deutsch-Österreich selbst nicht wesentlich ist. Keinesfalls scheint die Auffassung eines Teiles der deutsch-schweizerischen Presse begründet, es sei nunmehr endgültig das Verbleiben des Borarlberg bei Deutsch-Österreich entschieden.

#### Lebenskosten.

Das Eidgenössische Statistische Bureau sammelt regelmäßig monatlich in 26 Städten die Preise der Lebensmittel; der große Verband Schweizerischer Konsumvereine macht zweimal jährlich Preisserhebungen. Die Veröffentlichungen erfolgen auf der Grundlage des ermittelten Jahresverbrauches einer Familie mit 3 Kindern von 6—10 Jahren. Da die Zahlen nur relativen Wert haben sollen, ist unerheblich, daß dieser Jahresverbrauch nur einen Schätzwert haben kann. Von den ermittelten Durchschnittspreisen ergaben sich für die Familie folgende Kosten für den Jahresbedarf an Nahrung:

Ende Januar 1919	Fr. 2263.20
Ende Februar	Fr. 2284.38
Ende März	Fr. 2341.52
Ende April	Fr. 2388.71
Ende Mai	Fr. 2450.98
Ende Juni	Fr. 2340.30
Ende Juli	Fr. 2272.21

Die Ergebnisse per Ende Juli lassen erst Preisrückgänge bei Speisefetten und -Eiern, bei Mais, Eiern und vor allem bei Fleisch erkennen. Neue Kartoffeln zählen im Juli bei den meisten Familien zu den Nahrungsmitteln. Die hohen Preise derselben können keine richtige Grundlage für die Berechnung der Lebenskosten bilden. Sie werden daher durch die Julipreise der alten Kartoffeln ersetzt. — Gegenüber Januar 1919 bezw. Juni 1914, für den die schweizerischen Durchschnittspreise der Erhebung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine eingesetzt wurden, betragen die Nahrungskosten in Prozent:

	Januar 1919 = 100	Juni 1914 = 100
	%	%
Januar 1919	100,0	223,6
Februar	100,9	225,7
März	103,5	231,4
April	105,5	236,1
Mai	108,3	242,2
Juni	103,4	231,3
Juli	100,4	224,5

Die im Juni beginnende Preisentwertung macht langsame Fortschritte. Ende Juli haben wir jedoch kaum den Preisstand erreicht, den wir im Januar dieses Jahres verlassen haben. Bei den beobachteten Nahrungsmitteln ist also der Preisabbau bis Ende Juli sehr gering. Etwas günstiger ist die Lage, wenn man amerikanisches Geflügel und die zu reduzierten Preisen durch die Städte verkauften Lebensmittel berücksichtigt.

## Landestheater.

Verdis „Rigoletto“ muß temperamentvoll angefaßt werden, will man die in der Partitur thronenden Effekte richtig herausheben. Aber Dirigent und Darsteller müssen sich auch andererseits darüber ganz klar sein, wie weit sie die Leidenschaftlichkeit treiben dürfen. Die Versuchung, über die vom künstlerischen Gesichtspunkt gezogenen Grenzen hinauszugehen, ist bei Verdi groß, und es wurde ihr bei der gestrigen Aufführung nicht immer widerstanden. Herr Lorenz dirigierte zwar mit viel Schwung und Temperament, entfesselte aber auch gleichzeitig das Orchester — und zwar von Anfang an — zu übertriebener Lautstärke. Nicht nur wurde dadurch der Gesang allzuhäufig nahezu vollkommen zugehört, es ging auch jede feinere Nuancierung des Orchesterparts verloren. Steigerungen ließen sich nur dadurch ermöglichen, daß er das Orchester in brutaler Weise aufschreien ließ. Als Rigoletto brachte Herr Biegler seinen wohlklingenden, ausgeglicheneu Bariton zu prächtiger Wirkung. Wer in der Darstellung vergaß er ganz und gar, auch die menschlich rührenden Züge des liebenden Vaters zu uns sprechen zu lassen. Er war nur immer der böhmische, zynische Hofnarr, die von Haß und Rachsucht erfüllte Bestie. Durch die wild-bergerre Wüste wurde dieser Eindruck noch verstärkt. Dieser Rigoletto blieb unserm Herzen vollkommen fremd, und sein Geschick weckte kein Mitleid. Den Herzog sang Herr Neugebauer mit beständiger Schönheit. Frau von Ernst bewältigte die schwierige Gesangspartie der Gilda mit souveräner Stimmbehandlung. Nach langer Krankheit hat Frau Pehl-Demmer ihre Bühnentätigkeit wieder aufgenommen. Die kleine Rolle der Maddalena bot ihr aber keine Gelegenheit, besonders hervorzutreten. Die zahlreichen Nebenrollen waren gut besetzt. Die hässliche Aufmachung ist veraltet. Ohne vollständige Erneuerung der Bühnenbilder ließe sich aber bei gutem Willen doch Manches ändern und bessern und eine Inszenierung ermöglichen, die dem modernen Geschmack einigermassen entgegenkommt.

Bei Wiederholungen muß es Herrn Dumas Sorge sein, das Greuliche, Brutale möglichst zu mildern, um den rohen Stoff erträglich zu machen. Das gut besuchte Haus nahm die Aufführung sehr beifallsstrebend auf. S. M.—r.

Vom Bad. Landestheater wird uns geschrieben: Am Freitag, 12. Sept., geht nach 21-jähriger Pause neu inszeniert, Shakespeares Trauerspiel „Antoni und Kleopatra“ zum erstenmal in Szene. Das gewaltige Werk gehört zu denjenigen Dramen des großen Briten, deren

Aufbau und Szenengliederung am meisten den technischen Bedingungen der heutigen Bühne widerstreben und diese deshalb nur zu gewinnen sind, wenn sie durch eine von künstlerischer Einsicht, literarischer Gewissenhaftigkeit und Bühnenpraktischer Erfahrung geleitete „Einrichtung“ den Erfordernissen des modernen Theaters angepaßt werden.

Die dekorationslose Bühne Shakespeares, für die der Dichter seine unsterblichen Werke schuf, und deren architektonische Struktur dem schnellen Wechsel der Schauplätze gar keine Hindernisse bereite, wäre wohl der ideale Rahmen für die sich in hunderter Folge abwechselnden Szenen. Dennoch ist der in München von Sabiz mit fanatischer Blaublüte unternommene Versuch, eine dem klassischen Vorbild angenäherte moderne „Shakespeare-Bühne“ zu schaffen, ein Versuch geblieben, der bis heute im wesentlichen auf München beschränkt blieb und andere Unternehmungen, dieses höchst technische Problem einer Lösung entgegenzuführen, nicht hindern konnte. Eine dreißigjährige Entwicklung, die — mag das auch zu beklagen sein — andere Wege ging, die das Bühnenhaus Shakespeares weder in seiner äußeren Form, noch seinem ideellen Prinzip nach übernahm und weiterführte, läßt sich nicht zurückschrauben und man kann nicht noch einmal dort anknüpfen wollen, wo sie einst abbrach. Die heutige Zeit sieht andere Möglichkeiten, die lebendigen Werte der großen Vergangenheit dramatisch für ihr Publikum neu erblühen und fruchtbar werden zu lassen. Vom Ausstattungswesen der letzten Epochen der Theatergeschichte hat man sich abgewandt, man sucht — mit ungleichem Gelingen und Erfolg freilich — nach andern, einfacheren, ehleren Mitteln für die Gestaltung des Bühnenbildes. Auch hier ist noch alles im Fluß, die allgemeingültige Formel noch nicht gefunden. Man ist auf dem Wege, noch nicht an einem Punkt, der zu längerem Verweilen einlädt, nicht den Wunsch erweckt, weiter zu schreiten und weiter zu suchen.

Nach dem Grundsatz möglicher Einfachheit und entschlossener Ablehnung von allem, was früher der Ausschmückung des Bühnenbildes diente, ist auch bei der jetzigen Neueninszenierung von „Antoni und Kleopatra“ verfahren und damit die Richtlinien festgehalten worden, die in den letzten Jahren schon öfter bei Aufführungen verschiedensten Charakters herausgearbeitet wurden.

Die Einrichtung des Werkes stammt von Dr. Eugen Allan. Sie lag auch der ersten von ihm selbst geleiteten Aufführung im Jahre 1898 zugrunde, hat aber inzwischen durch ihn eine durchgreifende Erneuerung und Umgestaltung erfahren, so daß sie sich doch von der ersten Fassung nicht unwesentlich unterscheidet.

Die Rolle der Kleopatra, von deren Darstellung die Wirkung des Dramas hauptsächlich abhängt, liegt in den Händen Melanie Ermarth's.

Als erste Neueinszenierung bringt die Oper am Sonntag, den 14. September, nach vierjähriger Pause, Gumpert'sches Theater „Die Königsfinder“ mit Edith Soffit, Marie Pehl-Demmer, Helmut Neugebauer und Benno Biegler in den Hauptaufgaben. In die Leitung teilen sich die Herren Lorenz und Dumas.

#### Zeitschriftenschau.

Das Septemberheft der „Deutschen Rundschau“ ist der Frage Großdeutschland gewidmet. Aus allen Lagern Deutsch-Österreichs nehmen berufene Männer zu der Wichtigkeit des Anschlusses Stellung. Das ungeheure Unrecht, das an Deutsch-Österreich verübt werden soll, erfährt hier eine schlagende Beleuchtung. Aber Tirol schreiben Professor Walseltini und Dr. Reut-Nicolussi, über Südbayern Landeshauptmann Freißler, über Deutschböhmen Landeshauptmann Lodgman-Auen und über Deutsch-Schlesien Benno Jmenböcker. Besonders eindrucksvoll ist der Aufsatz von Gustav Stolper, in dem er nachdrücklich erbringt, daß Deutsch-Österreichs Volkswirtschaft einfach nicht lebensfähig ist. Anton Bittelheim berichtet von literarischen Zukunftsfragen Deutsch-Österreichs. August Fournier zieht eine Parallele über die Wertung in Deutschland und Deutsch-Österreich, während Stefan Hod nachweist, daß auch in der Literatur keine Scheidung zwischen dem Reiche und Deutsch-Österreich besteht. Ludw. M. Hartmann, der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, schreibt über Deutschland und Deutsch-Österreich und Ernst F. Schmidt legt das Wesen des Deutsch-Österreichers unter besonderem Hinweis auf Grillparzer dar. Karl Gjellerup widmet der Lebensarbeit des bekannten Wiener Indologen Carl Eugen Neumann ein Gedenkwort. Zur hundertsten Wiederkehr von Blüchers Tobestag zeichnet Freiherr von Freytag-Loringhoven sein Lebensbild. Marie von Wunzen beziffert öffentlich eine erfrischende Satire auf unsere Zeit: Frau von Bernolows Ewald und berichtet in einem anderen Artikel über die Verjüngung der Nationalgalerie. Theodor Witt schließt seine Artikel über „Julian, den Abtrünnigen“ ab und Fritz Schumacher gibt den Schluß seiner „Probleme der Großstadt“, eingehende Berichte über wichtige Werke in Literatur und Kunst und eine Übersicht über alle Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt schließen das besonders reichhaltige Heft ab. (Verlag der Deutschen Rundschau, Berlin W. 35.)

# Politische Neuigkeiten.

## Das Entente-Ultimatum.

**Paris meldet:** Das neue Entente-Ultimatum an Deutschland ist vom Rat der Alliierten einstimmig angenommen worden. Es wird im Laufe des morgigen Tages nach Deutschland gehen.

## Über die Organisation der technischen Hilfsgruppe

Zum Schutze lebenswichtiger Betriebe, wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke usw., im Falle von politischen Streiks, erhält ein Mitarbeiter der „Wass. Ztg.“ folgende Einzelheiten: Es handelt sich um die Ausdehnung einer Einrichtung auf das ganze Reich, die in Berlin schon seit einem halben Jahre besteht. Innerhalb der inzwischen aufgelösten Gardeabteilung Division wurde seither eine technische Hilfsgruppe gebildet. Sowohl die Elektrizitäts- und Gaswerke in Berlin, wie auch diejenigen in den Vororten sind teilweise von diesen technischen Hilfsgruppen im Gang gehalten worden. Später wurden diese Gruppen auch bei derartigen Streiks in der Provinz in Anspruch genommen und sie befanden sich in den letzten Monaten fast ununterbrochen auf dem Transport, bald in östlichen, bald in westlichen Städten Deutschlands, wo gerade durch politische Streiks die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung dieser Städte bedroht war.

Auf die Dauer konnte aber mit dieser einzigen technischen Hilfsgruppe den Anforderungen nicht genügt werden und da man mit der Möglichkeit rechnen muß, daß von den äußersten Kapitalen im Spätherbst der Versuch gemacht werden wird, durch einen gleichzeitigen Streik die Elektrizitäts- und Wasserwerke in allen größeren Städten Deutschlands zum Stillstand zu bringen, mußte die neue Organisation geschaffen werden, um diesen Plan wirksam parieren zu können. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Plan zu einer Organisation über das ganze Deutsche Reich verbreiteter technischer Hilfsgruppen entstanden.

Die Organisation führt den Namen „Berkämpfer Arbeitsgruppe“ und wird von der Zentrale in Berlin aus geleitet. Das ganze Reich ist in 19 Kreise eingeteilt. In jedem dieser Kreise wird eine besondere Hilfsgruppe gebildet, die sich aus Technikern, Ingenieuren, Fach- und ungelerten Arbeitern zusammensetzt und die in drei Kategorien eingeteilt wird: in solche Freiwillige, die sich zur Verwendung für das ganze Reich zur Verfügung stellen, in solche, die sich nur in einem der einzelnen Kreise verwenden lassen, und schließlich in Freiwillige, die lediglich in ihrem Wohnorte zur Verfügung stehen.

Diese technischen Hilfsgruppen sollen nur dann eingreifen, wenn durch politische Streiks lebenswichtige Betriebe lahmgelegt werden sollen. Nach einer ungefähren Schätzung würden im ganzen deutschen Reich zur Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Betriebe ungefähr 30 000 Freiwillige erforderlich sein, darunter für Berlin allein 6000. Von dieser Zahl steht bereits ein erheblicher Prozentsatz zur Verfügung. Man hofft den Rest alsbald durch weitere freiwillige Meldungen zu gewinnen.

## Kleine Nachrichten.

Berlin, 10. Sept. Laut „Berl. Lok.-Anz.“ erläßt die Republik Bielefeld eine Kundmachung, wonach die bisherige Provinz Bielefeld des Freistaates Oldenburg sich von Oldenburg löst und als selbständige Republik im Verbände des deutschen Reiches erklärt. Die Regierung setzt sich zusammen aus Ludwig Jeller als Präsident, Hubert Eifel und Wilhelm Gut. Die bisherigen Staatseinrichtungen bleiben bestehen. Die Beamten bleiben im Amt. Der Bürgermeister Schmidt und fünf andere Persönlichkeiten wurden aus Bielefeld ausgewiesen, weil sie ihr Entlassungsgesuch nicht zurückziehen wollten. Über die Zeitungen wurde die Vorzensur verhängt. („Bad. Fr.“)

Berlin, 9. Sept. Zum Landrat des Saalkreises ist der Reichstagsabgeordnete und Mitglied der Deutschen Nationalversammlung Friedrich Wolf Fehle, Redakteur und Schriftsteller in Halle a. S., berufen worden.

Amsterd., 9. Sept. Laut „Telegraaf“ ist aus dem neuen Register von Lloyd ersichtlich, daß 16 der größten deutschen Ozeandampfer vom amerikanischen Schiffbauamt, 9 vom amerikanischen Marineabteilung, 9 vom britischen Schiffbauamt, 6 von Italien, 2 von Brasilien und einer von Chile zurückgehalten werden. Die vom amerikanischen Schiffbauamt übernommenen Dampfer haben neue Namen erhalten, was darauf schließen läßt, daß diese Schiffe vollkommen als amerikanische Schiffe angesehen werden, darunter befinden sich „Waterland“, „Kaiser Wilhelm II.“, „Kronprinzessin Cecilie“ und die „Amerika“. 10 der jetzt Amerika gehörenden Dampfer waren früher Eigentum des Norddeutschen Lloyd und 6 Eigentum der Hamburg-Amerika-Linie.

Amsterdam, 9. Sept. Die „Daily News“ vom 8. September schreiben in einem Leitartikel: „Der Streit zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung über die Beziehungen Deutschlands zu Österreich sei in jeder Hinsicht zu beendigen. Das Veto der Alliierten gegen den friedlichen Zusammenschluß von Österreich und Deutschland sei völlig unberechtigt. Es verneint die Grundzüge des Selbstbestimmungsrechts und sei aus Gründen der Zweckmäßigkeit eine Korrektur, da der Anschluß Österreichs an den Deutschen Bund ein ähnliches Gegengewicht gegen die Vorherrschaft Frankreichs bilden würde. Deutschland sei vollauf berechtigt, Besorgnisse für einen zukünftigen Zusammenschluß zu treffen, besonders wenn es annehmen dürfe, daß der Völkerbund diesem Plane wahrscheinlich beitreten werde.“ — Der Lloyd George nachsehende „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel: „Der Versuch, Österreich und Deutschland zu trennen, sei unverständlich und ungescheit. Die Österreicher seien Deutsche und würden nie etwas anderes sein wollen. Ihre künftige Vereinigung mit Deutschland auf die eine oder andere Weise sei so sicher wie die Sonne aufgeht. Österreich könne nicht allein stehen. Wenn ihm verboten werde, sich mit Deutschland zu vereinigen, so würden sie sich mit anderen Nachbarn zusammenschließen. Und wenn sie dann in den Kreis Deutschlands eintreten, würden sie ihre Nachbarn mitbringen. Den Österreichern werde also auf diese Weise die alte Rolle, nämlich das Zusammenführen nördlicher Völker unter dem Banner Deutschlands wieder aufgegeben werden.“

Amsterdam, 9. Sept. Die „Times“ melden aus Paris, daß der türkische Großwesir Tefik Pascha in einer Unterredung erklärt hat, daß er dagegen sei, daß irgend eine Macht das Mandat über die Türkei erhalte. Die Türkei dürfe nicht dulden, daß sich irgend eine fremde Macht in ihre Angelegenheiten mische und könne nur technische und wirtschaftliche Hilfe annehmen, sofern mit dieser Unterstützung nicht eine Art Kontrolle verfolge werde. Die Grundzüge Wilsons gäben der Türkei das Recht, sich dem Völkerbund anzuschließen.

Prag, 10. Sept. In der gestern in Schludanau abgehaltenen Sitzung der Wirtschaftsräte erklärte der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, sie sei bereit, länger zu arbeiten als acht Stunden; sie sei sogar bereit wie die deutsche Arbeiterschaft in Sachen eine Stunde umsonst zu arbeiten für die tschecho-slowakische Republik. Redner schloß mit den Worten: „Gebt uns Arbeit und zu essen und Ihr habt in uns die allerloyalsten Bürger der Republik!“

Cleveland (Ohio), 10. Sept. (Reuter.) Gestern wurde der Konvent der Bergarbeiter der Vereinigten Staaten und von Kanada eröffnet. Es verläutet, daß die Arbeiter folgende Forderungen stellen: sechsständiger Arbeitstag, sowie fünfständige Arbeitswoche und Lohnerhöhung von 10 bis 40 Proz.

## Badische Uebersicht.

### Auch in Württemberg der Sturm auf die Zwangsbewirtschaftung.

\* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In Geislingen fand jüngst eine Bauernversammlung statt. Darüber berichtet nun ein Blatt: Der Wg. Körner forderte tatsächlich die Bauern auf, mit der Zwangsbewirtschaftung endlich einmal ein Ende zu machen. Es werde zweifellos heftige Kämpfe abgeben; aber das dürfe die Bauern in keiner Weise abhalten, mit dieser Sache endlich Schluss zu machen. Wenn es nicht anders gehe, die Bauern hätten das Schicksal auch gelernt. Er brachte einen Antrag ein, die gesamte Zwangsbewirtschaft mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

In der Diskussion sprach sich der ehemalige Zentrumsabgeordnete Herber (Wiesentheid) gegen Körner aus. Er bezeichnete es als äußerst gefährlich, in der jetzigen Zeit des Mangels an Getreide die Zwangsbewirtschaft von heute auf morgen aufzuheben, und warnte Körner, die Dinge auf die Spitze zu treiben und leichtfertigerweise Öl ins Feuer zu gießen. Mein berechtigt. Körner erwiderte sich wieder, um die durch die Ausführungen seines Vordrängers stark ins Schwanken geratene Stimmung der Bauern für sich zu gewinnen. Er behauptete u. a., daß für 10 Monate Lebensmittel im Lande seien und daß in diesen 10 Monaten so viel Geld erarbeitet werden könne und müsse, daß man für die übrigen Monate Lebensmittel vom Ausland beschaffen könne. Er beschwor die Bauern, seinen Antrag anzunehmen, und versprach ihnen von der Aufhebung gedene Bunge. Als es zur Abstimmung kam, wurde sein Antrag tatsächlich mit fast allen Stimmen angenommen.

### Aufgefundenes Geld.

\* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben. Es wurde aufgefunden am 10. Juli auf d. Dampfschiff Stadt Konstanz kurz 7 ein Geldbeutel mit 6 M. 50 Pf.; am 11. Juli im Zug 335 ein Geldbeutel mit 8 M. 80 Pf., abgeliefert in Rodareis; am 13. Juli auf dem Bahnhof Seelberg ein Geldbeutel mit 3 M.; am 14. Juli im Zug Nr. 15 ein Geldbeutel mit 23.85 und 91 Pf., abgeliefert in Weil-Geopoldshöhe; am 14. Juli auf dem Bahnhof Denningen der Betrag von 10 M.; am 15. Juli im Eisenbahntunnel (Schwarzwaldbahn) eine Handtasche mit Briefstöße, mit 403 M. 10 Pf., abgeliefert in Niederwasser; am 15. Juli auf dem Bahnhof in Rastatt ein Geldbeutel mit 3 M. 80 Pf.; am 15. Juli auf dem Bahnhof in Konstanz der Betrag von 8 M.; am 16. Juli im Zug 1647 ein Geldbeutel mit 4 M. 50 Pf., abgeliefert in Weil-Geopoldshöhe; am 17. Juli auf dem Bahnhof Waaghäusel ein Geldbeutel mit 48 M. 01 Pf.; am 18. Juli auf dem Bahnhof in Offenburg ein Geldbeutel mit 6 M. 10 Pf.; am 19. Juli im Zug 975 eine Handtasche mit Geldbeutel und 3 M. 97 Pf., sowie 35 Stm., abgeliefert in Offenburg; am 19. Juli auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) der Betrag von 5 M.; am 19. Juli im Zug 1425 eine Handtasche mit 5 M. 10 Pf., abgeliefert in Dausach; am 20. Juli im Zug 1523 ein Geldbeutel mit 22 M. 04 Pf., abgeliefert in Elzach; am 20. Juli auf dem Bahnhof Weil-Geopoldshöhe 1 Geldmappe mit 6 M. 50 Pf.; am 21. Juli auf dem Bahnhof Kleinems ein Geldbeutel mit 18 M. 10 Pf.; am 24. Juli auf dem Bahnhof in Säckingen der Betrag von 3 M.; am 26. Juli auf dem Bahnhof in Heilbronn der Betrag von 20 M.; am 26. Juli auf dem Bahnhof in Heilbronn der Betrag von 4 M.; am 27. Juli im Zug 756 ein Geldbeutel mit 7 M. 30 Pf., abgeliefert in Rastatt; am 27. Juli im Zug 895 ein Geldbeutel mit 11 M. 1 Pf., abgeliefert in Heilbronn; am 27. Juli auf dem Bahnhof Mannheim ein Geldbeutel mit 11 M. 40 Pf.; am 28. Juli im Zug 1500 ein Geldbeutel mit 3 M. 30 Pf., abgeliefert in Freiburg (Breisgau); am 2. August im Zug 1418 eine Handtasche mit Geldbeutel, sowie 101 M. 03 Pf., abgeliefert in Offenburg; am 2. August im Zug 1254 ein Zigarettenetui mit 106 M., abgeliefert in Rastatt; am 2. August auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) ein Geldbeutel mit 6 M. 45 Pf.; am 3. August im Zug 344 ein Geldbeutel mit 230 M., abgeliefert in Mannheim; am 3. August auf dem Bahnhof Baden-Baden der Betrag von 9 M. 20 Pf.; am 7. August auf dem Bahnhof in Freiburg (Breisgau) der Betrag von 10 M.; am 9. August auf dem Bahnhof in Rastatt ein Geldbeutel mit 3 M. 10 Pf.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Am Sonntag, den 14. September wird der Bahnhof Basel Bad. Stb. wieder in Betrieb genommen und gleichzeitig der Personenverkehr auf der Verbindungsbahn zwischen Basel Bad. Stb. und Basel S. B. wieder aufgenommen. Die Schnell- und Personenzüge der Strecke Mannheim/Seelberg-Basel beginnen und enden von diesem Tag an wieder wie früher in Basel Bad. Stb. Gleichzeitig tritt auf den Strecken Basel Bad. Stb.—Zell i. R., Basel Bad. Stb.—Waldshut—Schaffhausen—Singen, Weil-Geopoldshöhe—Röhrach und Schopfheim—Säckingen ein neuer Fahrplan in Kraft, der auf den Stationen zu erfahren ist. Zum badischen Kraftfahrplan wird ein Nachtrag ausgegeben, der die geänderten Fahrpläne vorstehend angeführter Strecken enthält und der an den Fahrartenhaltungen käuflich ist. Der deutsche Inlandsverkehr ist im Bahnhof Basel Bad. Stb. keinen Beschränkungen unterworfen, so daß sich die mit den badischen Zügen in Basel Bad. Stb. eintreffenden Reisenden ohne weitere Formalitäten zu den Anschlußzügen begeben können. Dagegen ist das Verlassen des Bahnhofgebietes nur solchen Personen gestattet, die sich im Besitz der erforderlichen Ausweispapiere befinden und die sich der deutschen und schweizerischen Pass- und Zollprüfung unterzogen haben. Die auf schweiz. Gebiet liegende Station Niesen bleibt für den Personenverkehr gesperrt.

\* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Das Abschnittskommando V der neutralen Zone teilt mit: Zur vorübergehenden Einreise in die Rheinpfalz (Hochdauer 3 Monate) ist von nun an ein deutscher Reisepaß mit kurzem

Antragsformular einzureichen. (Muster beim Abschnitt IV und bei den Bezirksämtern, die diese beim Abschnitt V beziehen können, erhältlich.) Beim Antragspaß am Zielort ist Meldung beim Kontrolloffizier des Bezirks innerhalb 48 Stunden erforderlich. Bei Einreise zu dauerndem Aufenthalt in der Pfalz ist derselbe Weg einzuschlagen, jedoch ist noch eine Zugabegleichung des Pfälzer Bürgermeistertamts dem Antrag beizufügen.

Mannheim, 9. Sept. Anlässlich der Ludwigshafener Vorkänge ging durch verschiedene deutsche Zeitungen die Meldung, daß die französischen Besatzungstruppen in der Pfalz verhärtet worden seien. Die Pfälzerräte melden, daß diese Nachricht jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

## Badische Zeitungsstimmen.

### Zum Besuch des Staatspräsidenten.

Staatspräsident Geiß hat am Montag der Stadt Konstanz einen Besuch abgestattet. In der „Konstanzer Zeitung“ widmet deren Chefredakteur, Herr Runding, dem Präsidenten folgenden Begrüßungsartikel:

„Heute nachmittag wird, wie wir bereits kurz berichtet, der erste Staatspräsident des Freistaats Baden die Stadt Konstanz, die in vielen Jahrhunderten so viele weltliche und geistliche Fürsten in ihren Mauern sah, zum ersten Mal besuchen. Eine Dienstreise, also Werktagsarbeit, führt ihn hierher, und sein Besuch ist keine väterliche oder gar strenge Geste eines Gewalthabers, wie das in früheren Zeiten wohl gewesen sein mag; er kommt als einfacher Bürger und oberster Beamter des souveränen badischen Volkes. Wir brauchen keine Widlinge einzustudieren, uns über keine Verteilten und unverteilteten Öden ärgern, brauchen kein Stirnrunzeln, das vielleicht aus einer Laune geboren wurde, zu fürchten; wir stehen da, wie uns die Pflicht auf den Rücken gestellt, als Bürger und gleichberechtigte Glieder des Volkes und Staates, dem Ersten und dem Besten im Lande, was politisches Recht anbelangt, gleich. Wer noch etwas vom Blut und Stolz unserer freien deutschen Vorfahren in sich hat, wird in einem solchen Augenblick die Gemütsruhe, die Würde — aber auch die Pflicht dieser staatsbürgerlichen Rechte doppelt fühlen! Es ist kein glanzvolles, kein prachtvolles Bild, kein Lärm und keine donnernde Rede, die den ersten Präsidenten grüßt, sondern ein einfaches: Grüß Gott, Herr Präsident! Und doch wollen wir der Größe und Feierlichkeit des Augenblicks nicht vergessen: denn ehren wir den ersten Mann unseres Staates, der aus der Wahl des Volkes in schwerer Zeit hervorgegangen ist, so ehren wir uns und unser Volk und unseren Staat. Verzeihen wir uns Goethes Rat an Schopenhauer, der allerdings wohl angebracht ist: Wollen wir uns der Dinge freuen, so müssen wir ihnen Wert verleihen!“

Als einfacher Mann des Volkes steht der Staatspräsident vor uns, aber ihn umstrahlt und begleitet die Würde seines Amtes, des höchsten, das wir aus unserem Vertrauen zu vergeben haben. Nichts liegt uns fernern als Dignität und Ansehen. Uns ist Demokratie eine vertraute Sache; darum aber haben wir auch das rechte Gefühl für die Würde der staatsbürgerlichen Freiheit, die sich am schönsten in der Person des volkswählten obersten Beamten unseres Staates symbolisiert. Und in ihm wollen wir ehelichen Herzens Würde und Kraft unseres Staates und Volkstums grüßen! Voreerst ist so manches nur Hoffnung und Glaube; aber an der Kraft des Hoffens und Glaubens liegt, was an Stolz und Mächtigen in der Zukunft daraus entstehen wird.“

## Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 30. August d. J. die Notare Franz Udry in Tengen in den Amtsgerichtsbezirk Rengingen, Georg Jakob in Tengen in den Amtsgerichtsbezirk Rengingen, Georg Jakob in Riedelsheim in den Amtsgerichtsbezirk Rengingen, Fritz Seltman in Rastatt in den Amtsgerichtsbezirk Rengingen, Longin Keller in Salem nach Überlingen und Otto Bissinger in Eppingen in den Amtsgerichtsbezirk Engen in gleicher Eigenschaft bestellt.

Das Justizministerium hat dem Notar Udry das Notariat Engingen, dem Notar Jakob das Notariat Rengingen II, dem Notar Seltman das Notariat Rengingen I und dem Notar Bissinger das Notariat Tengen zugewiesen.

Das Justizministerium hat ferner zugewiesen: dem Notar Knecht das Notariat Mannheim I, dem Notar Eselborn das Notariat Mannheim II, dem Notar Oskar Mayer das Notariat Mannheim III, dem Notar Oppenheimer das Notariat Mannheim IV, dem Notar Dr. Weil das Notariat Mannheim V, dem Notar Dr. Appel das Notariat Mannheim VIII und dem Notar Dr. Pfeurowsky das Notariat Riedelsheim I.

Das Staatsministerium hat unterm 30. August d. J. dem Bureauvorsteher, Oberrechnungsrat Karl Hölzner die Stelle eines Inspektionsbeamten bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues übertragen.

Das Staatsministerium hat unterm 30. August d. J. auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt: Bahnhofinspektor Joseph Koch in Bretten, Oberstationskontrollor Karl Haag in Rastatt und Oberreisfor Johann Dörjan in Karlsruhe auf Ansuchen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 4. September d. J. den praktischen Arzt Dr. Richard Weber mit der Vernehmung der Bezirksarztsstelle in Schönau betraut.

Das Finanzministerium hat unterm 27. August d. J. den Eisenbahnsekretär Karl Maier in Karlsruhe auf Ansuchen auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

### Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr.

Gemäß § 5 Wf. 2 Satz 1 und Anlage B Abschnitt II der Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1910 (NWBl. S. 889) sowie § 1 Biffer 1 Buchstabe b der Verordnung vom 22. März 1910 (Gef. u. NWBl. S. 147) wird als stellvertretender Sachverständiger für die Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer der Ingenieur der Badischen Gesellschaft zur Überwachung von Dampfmaschinen in Mannheim Hermann Schleich in Rastatt amtlich anerkannt. Dies wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. März 1910 (Staatsanzeiger 1910 S. 99) zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 4. September 1919.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. B. Arnspurger.

Brenn.

Die 15. Kriegslotterie des Württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz betreffend.

Dem Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 8000 Lose zu 2 M. der von ihm herausgegebenen 15. Kriegslotterie zugunsten der Vereinszwecke im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt:

Die Lose dürfen in Baden bestimmten Lose müssen zuvor mit dem Stempel des Bad. Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 4. September 1919. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: J. B. Arnsperger. Schmidt.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen u. der etatmäßigen Beamten der Gehaltstarifabteilungen H bis K sowie

Ernennungen, Versetzungen u. von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen. — Staatsbahnenverwaltung. —

In nichtetatmäßige Beamtenverhältnisse aufgenommen: als Schaffner: Julius Frank von Weil, Hermann Humminger von Dreieichen, und Jakob Heig von Götting; als Stationsvorsteher: August Ehret von St. Georgen b. Freiburg, und Philipp Gaus von Münsingen; als Lokomotivführer: Anton Schäfer von Ubstadt, Jakob Müller von Weingarten, und Karl Wauthe von Wöhringen; als Stationsführer: Joseph Sauer von Leoffingen, Johann Krüger von Waldenhausen, Adolf Wilmis von Wöllbach, und Konrad Kurz von Godesheim.

Wiederangestellt: als Bureauhilfen: Albert Gump in Mannheim, Christian Gramm in Osterburken, Viktor Kalkbrenner in Pforzheim, Franz Engesser in Ettlingen, Richard Heiderich in Karlsruhe, und Friedrich Krenzel in Heidelberg.

Vertretungsmäßig aufgenommen: als Bureauhilfen: Willibrodus Müller von Brand, Hans von Koburg; als Schaffner: Albert Hartmann von Godesheim, Robert Leh von Oberhoffen, Friedrich Schwieler von Hringen, Wendelin Winters von Hellingen, Andreas Stahl von Dörsenfurt (Wägen), Friedrich Bräutigam von Weingarten, Albert Siegel von Gugglingen, Emil Wagners von Bergheim, Karl Schanz von Rehl, Hermann Klipp von Gaisenhäusern, Johann Steiger von Rohrbach, Albert Scheffer von Krumlingen, Friedrich, Gregor von Sulzfeld, Karl Frank von Sedach, und Wilhelm Schäfer von Gugglingen; als Lokomotivführer: Ludwig Becker von Hringen; als Stationsvorsteher: Johann Schwab von Rinklingen, Heinrich Schmitt von Umkirch, Georg Rohrer von Riechheim b. S., und Martin Schmitt von Duttlingen; als Bremser: Nikolaus Krüger von Durbach.

Bezieht: Bauassistent Karl Brand in Mannheim nach Heidelberg, die Betriebsassistenten Karl Scher in Mannheim nach Rehl, Otto Freund in Mannheim nach Radolfzell, Karl Ehret in Heilbronn nach Radolfzell, Richard Hellmuth in Mannheim nach Rheinau, Eduard Philipp in Konstanz nach Münsingen, Joseph Wohlfart in Durlach nach Mosbach, Johann Stein in Rehl nach Freiburg, Hermann Engler in Heilbronn nach Hausach, Andreas Wagners in Durlach nach Karlsruhe, Joseph Herr in Gallingen nach Basel, Amtsassistent Hermann Schäfer in Radolfzell nach Freiburg, Lokomotivführer Ludwig Schmitt in Rada nach Wertheim, die Lokomotivführer Hermann Müller in Radolfzell nach Konstanz, Theodor Schirmer in Basel nach Schopfheim, Maschinenwärter Albert Witz in Mannheim nach Offenburg, Schreinermeister Bertold Schumann in Karlsruhe nach Rastatt, Lokomotivführer Heinrich Schumacher in Karlsruhe nach Mosbach, Wagenführer Alfred Hirschen in Karlsruhe nach Freiburg, Stationsführer Wilhelm Kallbrenner in Rastatt nach Dittheim, Bureauhilfen Karl Käßinger in Karlsruhe nach Rastatt, Amtsgehilfe Franz Weller in Karlsruhe nach Durlach.

Parasubjekte: Bauassistent Adolf Imberich in Karlsruhe (auf Ansuchen), Bezirksverwalter Adolf Heide in Karlsruhe, Stationsvorsteher Karl Weller in Kleinlautenbach, die Lokomotivführer Hermann Witz in Offenburg (auf Ansuchen), Peter Reinfelder in Mannheim (auf Ansuchen), Wilhelm Schür in Offenburg (auf Ansuchen), Eugen Herr in Freiburg (auf Ansuchen), Wilhelm Kruse in Basel (auf Ansuchen), Martin Kauer in Konstanz (auf Ansuchen), Friedrich Steis in Mannheim (auf Ansuchen), Karl Sech in Heidelberg (auf Ansuchen), Heinrich Krüger in Heidelberg, Franz Kauer in Karlsruhe, Anselm Herr in Karlsruhe, und Karl Wertz in Mannheim.

Schiffsmaschinenist Karl Kaufmann in Konstanz, die Zugmeister Johann Geibel in Freiburg (auf Ansuchen), Joseph Scher in Karlsruhe (auf Ansuchen), Eber Oberwald in Konstanz (auf Ansuchen), Joseph Wagg in Karlsruhe (auf Ansuchen), Heinrich Benz in Karlsruhe (auf Ansuchen), Johann Joseph Wenzel in Karlsruhe (auf Ansuchen), Wilhelm Rubin in Basel (auf Ansuchen), Johann Dieter in Konstanz (auf Ansuchen), Emil Kern in Freiburg (auf Ansuchen), Georg Zimmermann in Karlsruhe, Rudolf Schumacher in Karlsruhe, Peter Herr in Heidelberg, Ferdinand Weller in Mannheim, die Stationsmeister Johann Ludwig Witz in Heidelberg (auf Ansuchen), und Edmund Ganser in Offenburg (auf Ansuchen), die Werkführer Karl Herr in Konstanz, Ewald Reinfelder in Karlsruhe, Joseph Wenzel in Karlsruhe, Betriebsassistent Eber Wagners in Karlsruhe, Verkaufsführer August Herr in Karlsruhe, Maschinenwärter Georg Kammerer in Mannheim, Amtsgehilfe Franz Schäfer in Karlsruhe (auf Ansuchen), die Schaffner Johann Hader in Konstanz (auf Ansuchen), und Georg Weller in Offenburg.

Regenröhrermeister Albert Witz in Freiburg, die Amtsbedienten Johann Witzler in Freiburg (auf Ansuchen), Richard Jüngling in Karlsruhe (auf Ansuchen), Peter Zeitvogel in Baden-Dos (auf Ansuchen), Johann Wehrer in Durlach (auf Ansuchen), Heinrich Witzler in Rastatt (auf Ansuchen), Jakob Witzler in Hausach (auf Ansuchen), Ludwig Bahr in Konstanz (auf Ansuchen), Alois Dörminger in Offenburg (auf Ansuchen), August Wäberer in Karlsruhe (auf Ansuchen), Hallenmeister Joseph Wagners in Offenburg (auf Ansuchen), Schreinermeister Johannes Schumann in Durlach (auf Ansuchen), die Betriebsassistenten Severin Dengler in Konstanz (auf Ansuchen), An-

ton Wess in Radolfzell (auf Ansuchen), Albert Jetter in Engen (auf Ansuchen), Matthias Herr in Rastatt (auf Ansuchen), Peter Herr in Heidelberg (auf Ansuchen), Heinrich Herr in Heidelberg (auf Ansuchen), Heinrich Witzler in Konstanz (auf Ansuchen), Johann Schäfer in Hellingen (auf Ansuchen), Johann Witzler in Freiburg (auf Ansuchen), Matthias Simon in Freiburg (auf Ansuchen), Andreas Wagners in Heidelberg (auf Ansuchen), Joseph Kauer in Riechheim b. S. (auf Ansuchen), Rudolf Witzler in St. Georgen im Schwarzwald (auf Ansuchen), Philipp Schäfer in Eberbach (auf Ansuchen), Johann Armbruster in Offenburg (auf Ansuchen), Philipp Hoog in Mannheim (auf Ansuchen), Karl Gaus in Schopfheim (auf Ansuchen), Theodor Kuhn in Karlsruhe, Urban Dörsenbach in Basel, Joseph Witzler in Weisach.

die Bahndirektor August Berger auf Station 420 der Hauptbahn (auf Ansuchen), Franz Joseph Ederle auf Station 484 der Hauptbahn (auf Ansuchen), Kaspar Konrad auf Station 7 der Hausach-Schiffacherbahn (auf Ansuchen), Friedrich Waldruff auf Station 44 der Radolfzell-Münsingenbahn (auf Ansuchen), Ewald Witzler auf Station 634 der Hauptbahn (auf Ansuchen), Jakob Witzler auf Station 76 der Rheintalbahn (auf Ansuchen), Gottlieb Herr auf Station 448 der Hauptbahn (auf Ansuchen), Friedrich Herr auf Station 134 der Schwarzwaldbahn (auf Ansuchen), Georg Witzler auf Station 68 der Schwarzwaldbahn (auf Ansuchen), Friedrich Witzler auf Station 81 der Weisachheim-Jagstfelder Bahn (auf Ansuchen), Gabriel Kaufmann auf Station 69 der Rheintalbahn (auf Ansuchen), Dittmar Herr auf Station 82 der Schwarzwaldbahn, die Lokomotivführer Adam Witzler in Schopfheim (auf Ansuchen), Kaspar Herr in Rada (auf Ansuchen), Wilhelm Herr in Konstanz (auf Ansuchen), Georg Witzler in Mannheim (auf Ansuchen), Michael Witzler in Mannheim (auf Ansuchen), Stephan Witzler in Baden-Baden (auf Ansuchen), den Wagenführer Karl Witzler in Basel (auf Ansuchen), die Stationsführer Eber Herr in Konstanz (auf Ansuchen), Richard Witzler in Durlach (auf Ansuchen), Johann Witzler in Engen (auf Ansuchen), Thomas Herr in Konstanz (auf Ansuchen), Theodor Witzler in Münsingen (auf Ansuchen), Wilhelm Witzler in Godesheim, Martin Witzler in Weingarten, die Bremser Johann Witzler in Waldshut (auf Ansuchen), Johann Georg Witzler in Karlsruhe (auf Ansuchen), Philipp Witzler in Heidelberg (auf Ansuchen), Ewald Herr in Rada (auf Ansuchen), Valentin Witzler in Mannheim (auf Ansuchen), Peter Witzler in Freiburg (auf Ansuchen), Johann Witzler in Heidelberg (auf Ansuchen), und August Witzler in Karlsruhe.

Entlassen: Betriebsassistent Erwin Witzler in Durlach (auf Ansuchen), Lokomotivführer Georg Witzler in Offenburg (auf Ansuchen).

Verstorben: Betriebsassistent Otto Witzler in Durlach, in französischer Gefangenschaft am 12. Oktober 1918, Betriebsassistent Hugo Witzler in Durlach, am 8. Juni 1. J., Bureauhilfen Hermann Witzler in St. Georgen (Schwarzwald), am 14. Juni 1. J., Zugmeister Wilhelm Witzler in Heidelberg, am 17. Juni 1. J., Bremser Gottfried Witzler in Mannheim, am 29. Juni 1. J., Schaffner Karl Witzler in Karlsruhe, am 8. Juli 1. J., Lokomotivführer Joseph Witzler in Waldshut, am 10. Juli 1. J., Bahndirektor Heinrich Witzler auf Station 48 der Radolfzellbahn, am 13. Juli 1. J., Lokomotivführer Georg Witzler in Mannheim, am 18. Juli 1. J., Lokomotivführer Johann Witzler auf Station 138 der Hauptbahn, am 7. August 1. J.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 11. September 1919.

Das Glöckchen des Eremiten

Anfang 7 Uhr. Mittel-Preise.

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen Aufzüge Krane Kurze Lieferzeiten.

Wundervoller Brillantschmuck

ganz große Steine, allerbeste Qualität, aus Privatband zu verkaufen. Große gebogene Kapitalanlage. Zuschüssen erbeten unter G.929 an die Exped. des Blattes.

Verband der oberbadischen Zuchtgenossenschaften.

Am Dienstag, den 16. September 1919 wird in der Zentralzuchtweihalle in Radolfzell ein

Zuchtfarrenmarkt

abgehalten. Zur Auffuhr gelangen nur Fleckviehfarren (Simmentaler), die markiert und im Zuchtbuch einer oberbadischen Zuchtgenossenschaft eingetragen sind. Der Verkauf ist auf badische Käufer und für über 12 Monate alte Farren auf badische Gemeinden und solche badische Händler beschränkt, die im Besitz von Bestellscheinen badischer Gemeinden sind. Marktbeginn vormittags 10 Uhr, Schluß nachmittags 2 Uhr.

Das Verbandspräsidium. Oberamtmann Dr. Pfünzner-Rechtlich.

Meyers Lexikon 6. Auflage, 24 Bände Brockhaus Lexikon 7. Auflage, 6 bzw. 7 Bde. von 1908 A. Schumann's Verlag Leipzig, Königstraße 23.

Metallbetten Stahlbetten, Kinderbetten, Polster an jeder mann. Katalog frei. Eisenmöbel-fabrik, Suhl in Thüringen.

Bürgerl. Rechtspflege a Streitige Gerichtsbarkeit. O.12. Dreifach. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Schlossermeisters Adolf Hanfer in Dreifach wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Dreifach, 6. Sept. 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

O.13. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Sigmund Stecher in Heidelberg ist zur Prüfung der nach Abhaltung des allgemeinen Prüfungsstermins angemeldeten Forderungen Termin vor dem Amtsgericht hier — Zimmer 2 — bestimmt auf Dienstag, den 14. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr. Heidelberg, 8. Sept. 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 4.

O.4. Pforzheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Willy Goppelt, Alleinhabers der Firma Karl W. Goppelt, in Pforzheim, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Verteilung der Masse durch Beschluß des Amtsgerichts vom heutigen aufgehoben. Pforzheim, 2. Sept. 1919. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Baden. R.967 Güterrechtsregistereintrag Bd. II Seite 421 — Wiefen, Wilhelm, Lednitzer in Dos, und Emilie geborene Watz — Vertrag vom 7. Juli 1919. — Ertrugenschaftsgemeinschaft. Das Einbringen der Braut ist als Vorbehaltsgut bezeichnet. Baden, 4. Sept. 1919. Bad. Amtsgericht 1. Durlach. Güterrechtsregistereintrag. Selter, Otto, Heinrich, Wagner, und Infallator in Hue, und Emilie geb. Bauer. Vertrag vom 21. August 1919. Ertrugenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut. Amtsgericht. R.971. Heidelberg. R.986 Güterrechtsregistereintrag Band VI Seite 318: Schollmeier, Hans, Polizeijungmann in Heidelberg, und Marie geb. Buchelt. Vertrag vom 8. August 1919. Gütertrennung. Heidelberg, 30. Aug. 1919. Bad. Amtsgericht 3. Karlsruhe. R.979 In das Güterrechtsregister ist zu Band IX eingetragen: Seite 355: Kugel, Theodor, Hilfsarbeiter, Hirtensheim, und Frieda geborene Stober. Vertrag vom 14. August 1919. Gütertrennung. Seite 356: Schil, Ferdinand, Buchbindermeister, Karlsruhe, und Katharina geb. Schmid. Vertrag vom 16. Juni 1919. Ertrugenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. Seite 357: Müller, Wilhelm Friedrich, Straßenbahnbesitzer, Karlsruhe, und Friedrike geb. Schindler. Vertrag vom 20. August 1919. Gütertrennung. Karlsruhe, 5. Sept. 1919. Bad. Amtsgericht 2. Konstanz. R.972 Güterrechtsregistereintrag Bd. II Seite 250: Mayer, Otto, Mechaniker in Strohmehrsdorf, und Elise geb. Albrecht. Vertrag vom 16. August 1919. Gütertrennung. Band II Seite 251: Berner, Gottlob, Kaufmann in Konstanz, u. Emma Friederike geb. Hüber. Vertrag vom 22. Juli 1919. Gütertrennung unter Aufhebung des früheren Güterhandes. Konstanz, 1. Sept. 1919. Bad. Amtsgericht. Mannheim. R.1000 Zum Güterrechtsregister Band XIII wurde heute eingetragen: 1. Seite 257, Gilder, Gunken, Schneidermeister, und Anna geb. Seibert in Mannheim. Nr. 2: Durch Vertrag vom 30. August 1919 wurde die durch Vertrag vom 29. Mai 1917 vereinbarte Gütertrennung aufgehoben, so daß das gesetzliche Güterrecht gelten soll. 2. Seite 490: Paul Heinz Dietz, Architekt, und Magdalena geb. Miller in Mannheim. Vertrag vom 19. August 1919. Gütertrennung. 3. Seite 491: August Wöhmer, Kaufmann, und Elisabeth geb. Pfalz in Mannheim. Vertrag vom 25. August 1919. Gütertrennung. 4. Seite 492: Friedrich Wilhelm Kabe, Kaufmann, und Hartmann in Mannheim. Vertrag v. 27. Aug. 1919. Ertrugenschaftsgemeinschaft. 5. Seite 493: Georg Schollmeier, Lednitzer, u. Helene geb. Bronner in Mannheim. Vertrag vom 28. August 1919. Gütertrennung. Pforzheim. O.15 Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 283: Zanettin, Rudolf, Seidenfärbler in Fahrnan, u. Rosa geb. Rudar. Vertrag vom 1. Sept. 1919. Ertrugenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Ehefrau ist das im Vertrag näher beschriebene Vermögen. Pforzheim, 6. Sept. 1919. Bad. Amtsgericht. Schopfheim. O.16 Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 283: Zanettin, Rudolf, Seidenfärbler in Fahrnan, u. Rosa geb. Rudar. Vertrag vom 1. Sept. 1919. Ertrugenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Ehefrau ist das im Vertrag näher beschriebene Vermögen. Schopfheim, 6. Sept. 1919. Bad. Amtsgericht. Rastatt. O.1 In das Güterrechtsregister Band II O.3. 211 wurde heute eingetragen: Schorpy, Gustav, Sägewerksbesitzer in Württemberg, und Ludwina Ent-